

le Einheit und Stabilität der Regierung in den frühen Phasen der nachkolonialen Entwicklung damit als wichtiger denn die Garantie westlicher individueller Freiheitswerte angesehen. Diese Überlegungen — die später (1968) jedoch die rasche Anerkennung Biafras durch Zambia nicht ausschlossen — werden auch als Bestimmungsgrund für die Forderung nach staatlichen Ein-Parteien-Systemen und für die Ablehnung der faktischen Übernahme westlicher liberaler Demokratie-Modelle ins Feld geführt („... survival is more important than freedom of expression“, S. 107). Die aktuelle Absicherung gegen Desintegrationstendenzen wird auch für den überstaatlichen Bereich als bestimmend und zugleich als Maßstab für eine kontinentale non-alignment-Politik genannt. Die Abgabe nationaler Souveränitätsrechte sei aber nur über verschiedene Stufen möglich, deren erste die Schaffung regionaler Wirtschaftseinheiten auf Basis von Freihandelszonen sein könnte, mit gleichzeitigem Aufbau zwischenstaatlicher afrikanischer (!) Wirtschaftshilfe. Beide Aspekte dürften bei den derzeitigen Verhandlungen um den Beitritt des relativ reichen Zambia (drittgrößter Kupferproduzent, zweitgrößter Kupferlieferant der Welt) in den Ostafrikanischen Gemeinsamen Markt in Form konkreter Forderungen an Kaunda und an sein Land herangetragen werden.

Udo Ernst Simonis

LEON CARL BROWN (Hrsg.)  
**State and Society in Independent  
 North Africa**  
 The Middle East Institute  
 Washington, D. C., 1966

Am 3. Juli 1962 wurde Algerien unabhängig. Innerhalb von 11 Jahren war damit Nordafrika von der Kolonialherrschaft befreit worden, nachdem das ärmste Land — zumindest damals —, nämlich Libyen, schon im Dezember 1951 selbständig wurde. Die Erlangung der politischen Unabhängigkeit Nordafrikas war aber nur der erste Schritt auf dem beschwerlichen Wege einer umfassenden

Änderung der überkommenen Strukturen. Es ging und geht jetzt darum, die Staaten zu einem Kampf gegen die Unterentwicklung zu mobilisieren, was wahrscheinlich am ehesten auf dem Wege des Zusammenschlusses erreicht werden könnte.

Glücklicherweise haben die vier nordafrikanischen Länder einige Gemeinsamkeiten als Positivum. So bilden sie ein relativ zusammenhängendes geographisches Gebiet; sie sind geprägt durch eine lange und enge Bindung an die arabisch-muslimische Kultur und Religion; schließlich ist der wichtigste Teil Nordafrikas — d. h. die vier Länder Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen sind damit gemeint — überwiegend durch eine Kolonialmacht, nämlich Frankreich, geformt worden. Trotz dieser Gemeinsamkeiten und der überall anzutreffenden Kriterien für die Unterentwicklung gibt es viele trennende Unterschiede, z. B. bezüglich der Bevölkerungszahl und der Fläche der einzelnen Länder, des Reichtums an Bodenschätzen, ganz zu schweigen von den politischen Unterschieden zwischen dem konservativen Königreich Marokko z. B. und dem revolutionären sozialistischen Regime in Algerien. Jedoch scheinen sich gerade in letzter Zeit die politischen Führer dieser vier Staaten mehr darauf zu besinnen, daß für alle eine engere Zusammenarbeit nützlich sein könnte. Algerien und Marokko sind dabei, ihren Grenzstreit, der sogar im Herbst 1963 zu einem heißen Krieg führte, beizulegen; Algerien und Tunesien beginnen auf wirtschaftlichem Gebiet sich anzunähern und Tunesien und Libyen wollen gemeinsam die tunesischen Phosphatvorkommen nutzen (vielleicht sieht Libyen in der Annäherung ein Gegengewicht zur VAR, die begehrtlich auf den Ölreichtum des Nachbarn blickt).

In 15 Einzelbeiträgen des vorliegenden Buches wird nun versucht, Staat und Gesellschaft im nordafrikanischen Maghreb-Raum zu analysieren, wobei mittels eines interdisziplinären Ansatzes möglichst die Gemeinsamkeiten in allen vier Staaten herausgestellt werden sollen. Die ersten beiden Kapitel —

nach der Einleitung — befassen sich mit der Rolle der politischen Parteien und den außenpolitischen Ansätzen der vier Länder. Es folgen zwei Aufsätze über die kulturellen Einflüsse und Gegebenheiten, besonders die Rolle des Islam in der modernen Welt. Die Probleme, die das Leben in der Stadt und auf dem Land sowie die Landflucht, mit sich bringen, werden aus soziologischer Sicht in vier Beiträgen behandelt. Ein Überblick über die Grundzüge der Entwicklungspläne sowie eine kritische Betrachtung des Planungsprozesses und eine Untersuchung des Erdölsektors schließen sich an. Danach werden die Auswirkungen eines Zusammenschlusses im Maghreb-Raum und einige Prognosen erörtert. Zum Schluß wird untersucht, was von dem während der Kolonialherrschaft aufgedrückten Stempel übriggeblieben ist und welche Möglichkeiten zur Modernisierung im Maghreb vorhanden sind.

Das Buch stellt somit den Versuch dar, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerade in der ersten Generation nach der Erlangung der Unabhängigkeit Nordafrikas darzulegen. Die vielfachen Zeichen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels und die Anpassung an die geänderten Verhältnisse beim Übergang vom Kolonialstatus zur Unabhängigkeit werden herausgearbeitet. Immer wieder wird dabei der Blick auf die Integration des Maghreb-Raumes gerichtet.

Leider ist das Buch schon Mitte 1965 abgeschlossen worden. Deshalb konnte z. B. der Sturz Ben Bellas in Algerien und der riesige, in diesem Ausmaß unerwartete Ölreichtum Libyens nicht mehr berücksichtigt werden, so daß das Buch — was aber seinen geschichtlichen Wert nicht schmälern soll — letztlich nur die Entwicklung einer Phase, bis Mitte 1965, aufzeigt. Viele Dinge, die damals als Probleme auftauchten, haben sich heute schärfer herausgebildet oder teilweise gelöst. Vor allem aber läßt die Konsolidierung Algeriens seit dem Sturz Ben Bellas diesen Staat langsam in die Führungsrolle in Maghreb, trotz der

Bemühungen Marokkos unter König Hassan II., hineinwachsen.

Karl Gerhard Dilg

HELMUT KONRAD WEINBUCH  
**Entkolonisierung und föderales Prinzip im Spiegel der Französischen Gemeinschaft**

Schriften zum Völkerrecht Bd. 6  
Duncker & Humblot, Berlin 1968  
182 S., 33,60 DM.

Die Entkolonisierung auf dem Wege über die föderale Verbundenheit der Kolonialgebiete mit dem Mutterland ist für den Verfasser nicht nur ein rechtstechnisches Mittel bei der Bewältigung der politischen Aufgabe, sondern Konsequenz eines geistigen Prinzips. Neben der merkantilistischen Ausnutzung der Kolonien ist, besonders auch in Frankreich, schon früh und dann zunehmend ein idealistischer Kolonialismus getreten, dem es entsprechend der französischen Grundhaltung von Freiheit und Gleichheit um die Entwicklung der Eingeborenen zu ihrem Selbst ging. Die traditionelle Kolonialtheorie Frankreichs war die der Assimilation, nach der der einzelne Eingeborene entsprechend seinem kulturellen Stand den Kolonialherren rechtlich, wirtschaftlich und auch gesellschaftlich gleichgestellt werden sollte; dabei wurde für die Masse der Kolonialbevölkerung in sehr langen Zeiträumen gedacht.

Mit der Wiederbesinnung der Afrikaner auf ihre kulturelle Tradition und angesichts der sich akzelerierenden Entwicklung der Nachkriegszeit versagte die auf das Individuum abstellende und die rassischen und gruppen-strukturellen Gegebenheiten vernachlässigende Assimilationstheorie. Es ging um die Selbstständigkeit, entweder durch ein abruptes Abbrechen der Bande zwischen Kolonie und Mutterland oder durch das schrittweise Gewähren von Autonomie in einem größeren Verbände.

Diesen letzteren Weg setzt der Verfasser mit dem föderalen Prinzip gleich, was bei einem weiten Verständnis des Föderalismus für die französischen Ge-